

Unternehmen

FDP will Behörde Ge

Der Streit über die Genehmigung von Offshore-Windparks in der Nordsee wird heftiger. So fordert der Bremer FDP-Bundestagsabgeordnete Torsten Staffeldt, dem Bundesamt für Naturschutz die Kompetenzen für die Genehmigungsverfahren zu entziehen. Stattdessen solle allein das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie für die Genehmigung zuständig sein. „Anstatt Genehmigungskompetenzen in einer Hand zu konzentrieren, werden neuerdings Zuständigkeiten auf mehrere Behörden verteilt. Hier muss Abhilfe geschaffen werden“, meint der Energieeffizienz-Experte der FDP-Fraktion. Die amtlichen Naturschützer würden „vor lauter Suchen das Finden vergessen und einen Tunnelblick entwickeln“, meint Ubbo de Witt, Chef der Firma Sandbank Power. Das Amt behindere den Ausbau der Windenergie massiv.

Wie die WELT berichtete, hatte die Naturschutzbehörde ein Gebiet westlich von Sylt, das für zwei Offshore-Windparks der Unternehmen Vattenfall und Sandbank Power als Erweiterung bereits genehmigter Parks beantragt war, im Eilverfahren zum Hochkonzentrationsgebiet der geschützten Seetaucher erklärt. Das macht die Genehmigung weiterer Windräder unmöglich. Im Fall von Sandbank hatte die Behörde zuvor das Genehmigungsverfahren durch Nichtbeachtung von Fristen monatelang in die Länge gezogen.

„Die aktuelle Situation ist für die Planungs- und Investitionssicherheit weiterer Projekte im Sylter Cluster schwierig“, sagt Georg Friedrichs, Geschäftsführer der Vattenfall Europe Windkraft GmbH. Das Unternehmen halte aber an seinen Ausbauplänen fest. Für Jürgen Maaß, Sprecher von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), ist dagegen klar: „Für den weiteren naturverträglichen Ausbau der Offshore-Windenergie ist es notwendig, die Bereiche für die Windkraftnutzung vom Hauptkonzentrationsgebiet der Seetaucher räumlich zu trennen.“

Dieses Vorgehen sei „mittelstandsfeindlich und Investoren, die bereit sind, Milliardenbeträge für die Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung zu investieren, kaum zu vermitteln“, kritisiert de Witt. Firmen, die bereits achtstellige Millionensummen investiert haben, würden abgestraft.“ czy

kritisieren Blockadepolitik des Bundesamtes für Naturschutz

Genehmigungskompetenzen für Offshore-Windparks entziehen – Vattenfall verlangt Planungssicherheit



Windräder wie diese, die zum Windpark Alpha Ventus vor Borkum gehören, will die Naturschutzbehörde westlich von Sylt verhindern